

# Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden.  
Adress- & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M., Einzelnummer 1,50 M.

Druckerei: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareilzeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 9 gespaltene Nonpareilzeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 136

Dresden, Mittwoch den 14. Juni 1922

33. Jahrg.

## Kreuz und Krone Österreichs Todeskampf

Das Ministerium Seipel, das schwärzeste Ministerium, das Österreich bisher gehabt hat, ist von dem Gesichtspunkte aus, daß endlich Klarheit geschaffen wird, durchaus zu begrüßen. Denn der Verfall und wüßliche Wankung Dr. Seipel wurde nicht erst dadurch, daß er das Amt des Bundeskanzlers übernahm, der Leiter der österreichischen Politik. Schon seit den Oktoberwahlen des Jahres 1920, bei denen die Christlichsozialen zur stärksten Partei wurden, hat er hinter den Kulissen die Drähte gezogen, und es dürfte nichts gefehlt haben, wenn er nicht seine Zustimmung gegeben hätte. Aber es wußte den Christlichsozialen, das ist Herr Seipel, nicht, selbst die Verantwortung zu übernehmen. Sie hatten in den Wahlen alles viel versprochen, wovon sie nun nicht die Hälfte erfüllen konnten: hatte doch Herr Dr. Seipel noch wenige Wochen nach den Wahlen versprochen, daß man in ganz kurzer Zeit die Krone stabilisieren werde. Doch dessen ist dann die Krone nahezu von einem Tag zum anderen tiefer gesunken, so daß sie jetzt nur noch ein Bruchteil des Wertes gibt, den sie am Ende der Koalitionsregierung hatte. Schöpfung des Kronenmarkes, Einziehung der Notenmassen, Abbau der Preise, das alles hatten die Christlichsozialen den Wählern versprochen. Aber sie wußten, daß sie das nicht erfüllen können — aus objektiven Gründen nicht, weil der niedrige Kronenkurs die Folge einer durchaus wässrigen Handelsbilanz ist, und aus subjektiven Gründen nicht, weil sie die einzigen Mittel, das einigermassen Erfolg bringen kann, die starke Besetzung des Kapitals, nicht anwenden dürfen. Also weigerten sich die Führer, selbst die Regierung zu übernehmen; denn der Bankrott dieser wäre doch gar zu offen vor den Augen der Christlichsozialen Partei gewesen.

Nun aber, nach Rücktritt des Kabinetts Schober, über den wirklichen Leiter der Politik nichts andres übrig, als auch formell die Führung der Regierung zu übernehmen. Und der Herr Dr. Seipel hat sich ein Kabinett aus seinen Bekannten bilden können. Er hat dabei selbst in seiner Partei von den Getreuen nur die Ältergetreuesten genommen. Man kann ruhig sagen, daß es von den Christlichsozialen gerade ihre schwärzeste, ihre sterblichste, ihre reaktionärste, ihre launig noch verkappt monarchistische Gruppe ist, die an der Macht ist. Diese Gruppe, die sich um ihr Zentralorgan, die Reichspost, gruppiert und die schon jetzt die Wiener Christlichsoziale Partei fast vollständig repräsentiert, die aber auch den demokratischen bürgerlichen Flügel durch die Waffen beherrscht und dadurch, daß sie die bürgerlichen Interessen ohne jede Scham vertritt. Es ist damit auch jene Gruppe am Ruder, die über die Macht der Arbeiterklasse empört ist, und die, um diese Macht im Interesse der alten Mächte zu brechen, mit den industriellen Schmarotzern Hand in Hand gehen will.

Das „Gelobte Land“ der Christlichsozialen sieht nun freilich ganz anders aus, als gewiß die meisten ihrer Gläubigen es sich ausgemalt hatten. Am 31. Mai wurde die Regierung Seipel gewählt, seit diesem Tage ist sie im Amt. Am 1. Juni galt der Dollar noch 11 1/2 Kronen, am 12. Juni schon fast das Doppelte, nämlich 21 5/6 Kronen. Und der Sturz geht schmerzhaft immer weiter. Die Börse ist zum Kollaps gekommen, Panikstimmung herrscht im Bürgertum. Alles verliert, seine Kronen loszulassen und ausländisches Geld dafür zu erwerben. Ein Verkaufsstreit hat in Wien eingekeilt. Der noch etwas an Lebensmitteln oder Textilwaren kaufen kann, zahlt bereitwillig dafür Phantasiepreise. Mit einem Wort: Österreich steht vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Und was tut die Christlichsoziale Regierung in diesen Stunden größter Not? Sie mahnt väterlich, Ruhe und kaltes Blut zu bewahren. Sie baut auf Gott, da die Ententemächte zwar viel versprochen, aber nicht ein einziges ihrer Versprechen halten. Und faltet die Hände: Herr, schick, was du willst! Der Finanzminister (ausgerechnet!) namens Segur tröstete am Sonntag auf dem Katholikentag des Stadtteils Möblich seine Schafe:

Was brauchen wir uns noch zu fürchten? Glauben Sie wirklich, daß unsere Gegner imstande sind, ein solches Volk zu bezwingen? Heute müssen wir den Schwur leisten, in jeder Lebenslage offen und ehrlich zu sagen: Wir sind Katholiken, wir sind auch bereit, für unsern Glauben zu kämpfen und zu sterben.

Aber nicht allein im Lande scheint die Märzkrone beherrschend zu sein. Sie haben eine andre Erlösung aus dem irdischen Jammertal als den Tod im Glauben. Das ganze österreichische Volk, so schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, abgesehen von den wenigen Schwärzgelben, sieht den einzigen Ausweg aus der hoffnungslosen Lage in einem wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland. Daß die Regierung nochmals an die Entente appelliert, ist zwecklos und hoffnungslos. — Ähnlich schallt es auch in den bürgerlichen Mänteln. Ein Teil von ihnen verlangt sogar, Österreich solle sich, da es kein Gebot kennt, über die Entente hinweg mit dem Vorkriegsstande politisch vereinigen. — Das deutsche Volk, besonders die Arbeiterschaft, die die Not kennt, würde dagegen nichts einwenden; denn „Armut gibt der Armut gern“. Nur der Deutschen Tageszeitung wird bei der Aussicht auf den Anschluß

bedenke. Für sie hört das Stammesgefühl und Christentum, die sie sonst nicht laut genug betonen kann, auf in dem Augenblick, wo das eigene Risiko beginnt.

Aber den Weg zu Deutschland versperrt die Entente, und ohne der wirtschaftliche Anschluß vollzogen ist, ist der völlige Zusammenbruch vielleicht schon erfolgt. So schwebt Österreich zur Stunde über dem Abgrund. Es wäre sicher anders gekommen, hätte die Sozialdemokratie ihre Finanzreformpläne verwirklichen können. Das mag sich Deutschland zur Warnung dienen lassen! Auch wir nähern uns von Tag zu Tag mehr Österreichs Zuständen — wollen wir seinem Schicksal entgehen, ist es höchste Zeit, rücksichtslos gründliche Maßnahmen, vor allem die Ergründung der Goldwerte, durchzuführen.

### Frankreich gegen den Anschluß

Paris, 13. Juni. Der Senat beschloß heute mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetz über einen Kredit von 50 Millionen Franc an Österreich. Im Verlauf der Debatte sprachen sich mehrere Redner gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus, insbesondere der Reichstatter Dr. Lantier erklärte, daß Österreich vom Selbststium mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werde. Frankreich müsse daher Maßnahmen treffen, um die österreichische Republik den Händen Deutschlands zu entreißen und eine Donaurepublik vorbereiten. Herr Branger sprach sich aus finanziellen Gründen gegen eine Kreditgewährung aus, die jedoch aus politischen Gründen zu befürworten sei. Frankreich müsse vor allem eine Donaupolitik betreiben und dem mächtigen Selbststium „Sinnes“ in Österreich Widerstand leisten.

Paris, 13. Juni. Der Senat beschloß heute mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetz über einen Kredit von 50 Millionen Franc an Österreich. Im Verlauf der Debatte sprachen sich mehrere Redner gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus, insbesondere der Reichstatter Dr. Lantier erklärte, daß Österreich vom Selbststium mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werde. Frankreich müsse daher Maßnahmen treffen, um die österreichische Republik den Händen Deutschlands zu entreißen und eine Donaurepublik vorbereiten. Herr Branger sprach sich aus finanziellen Gründen gegen eine Kreditgewährung aus, die jedoch aus politischen Gründen zu befürworten sei. Frankreich müsse vor allem eine Donaupolitik betreiben und dem mächtigen Selbststium „Sinnes“ in Österreich Widerstand leisten.

## Killinger freigesprochen

Der Prozeß, der eine Woche lang vor den Offenburger Geschworenen verhandelt wurde, ist mit einem Freispruch zu Ende gegangen. Die Vernehmungen drehten sich um die Frage, ob der ehemalige Marineoffizier Killingier die Tat und die Flucht der Erzberger-Mörder Schulz und Tillesen begünstigt hat oder nicht. Es ist schwer, einen Geschworenenwahrspruch nach Prozeßberichten zu beurteilen, denn solche Zeitungsbereiche können nur einen begrenzten Teil des Geschehens wiedergeben. Trotzdem erscheint es uns, daß der Staatsanwalt des Offenburger Gerichts die Sachlage richtig beurteilt, wenn er in seiner Anklage die Beziehungen Killingiers zu den Mördern nach der Tat für erwiesen und den Tatbestand der Verhülfe für gegeben erachtet. Der größte Teil des Prozesses beschäftigte sich mit der Unternehmung des Erzberger-Mordes. Es ist ein in der Rechtspflege seltener Vorgang, daß die meiste Zeit eines Prozesses mit eingehenden Zeugenvernehmungen über die Schuld von Mördern ausgefüllt wird, die man noch nicht dingfest gemacht hat. Aber da Killingier der Verhülfe beschuldigt war, mußte die Täterschaft der Schulz und Tillesen erst nachgewiesen werden. Und so beleuchtete denn der Prozeß noch einmal das ganze Bild jener Schandtat, die dem Schicksal der sogenannten Organisation C entspringen ist.

Es liegt noch ein Prozeß wegen Geheimbündelei bevor, in den Killingier und andre herbeizitiert sein werden, die dieser Mörderorganisation C (Consul Ehrhardt) angehörten. Dabei wird in diesem Mordbrennereist hopenlich kräftiger hingeleuchtet werden, als bei diesem Prozeß. Aber auch was jetzt zutage kam, läßt einen verwundert fragen: Wo haben denn Polizei, Staatsanwälte, Behörden in den letzten Jahren eigentlich ihre Augen gehabt, daß diese Geheimorganisationen ihr Treiben so lange ungehindert betreiben durften? Killingier war einer ihrer Offiziere. Wie sich die ganze Organisation hauptsächlich zusammensetzte aus reaktionären Teilheims, die sich nicht dreinscheiden können, daß die Zeit der wilhelmintischen Offiziersherrlichkeit vorüber ist, aus Narren, die mit Feine, Dolch und Verschwörung glauben. Politik machen zu können, aus Landknechten, die sich aus Nordhandwerk des Weltkrieges gewöhnt hatten. Unter den Mitgliedern gehörte die Frage, welche Staatsmänner auf die Seite gebracht werden mußten, zu den Tagesgesprächen. Das Geld spielte keine Rolle. Geld war da, und eine ganze Herde Schmarotzer scharten sich offenbar um diese Gelder. Wo stammt es her? Auch darüber hat der Prozeß keine Aufklärung gebracht. Aber erwiesen ist, daß es kapitalistische Leute in Deutschland und unbehagliche Staatsmänner gern etwas kosten lassen wollten. Schulz und Tillesen trennten nach dem Erzberger-Mord mit gefüllten Briefstaschen prahlen. In Budapest führten sie ein luxuriöses Leben in ersten Hotels. Als ihnen dort deutsche Polizeibeamte auf die Spur kamen, ließ die Budapest Polizei die beiden Mörder auf freiem Fuß, trotzdem sie mit falschen Papieren und tückig-

in Wien, der schnelle Hilfeleistung verlangt, ferner einen Bericht des österreichischen Gesandten in Paris, der die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf Wien lenkt und der Befürchtung Ausdruck gibt, unter den jetzt waltenden Verhältnissen müsse Österreich über kurz oder lang der Anarchie verfallen oder von einem andern Staat aufgelöst werden. Auch Senatsbrüge auf die Gewährung eines Kredits an Österreich. Nach einigen weiteren Debatten beschloß der Senat in diesem Sinne.

Wel Nutzen kann der französische Kredit Österreichem nicht. Er gleicht dem Senatsstoff, mit dem man einen fast Toten für einen Augenblick wieder aufpumpt. Aus eigener Kraft atmen wird das Österreich von heute nie können. Dazu ist sein Körper durch die Anspannungen von St. Germain allzu sehr geschwächt. Die Entente mag sich drehen und wenden wie sie will — entweder muß sie Österreich zugrunde gehen oder es den Anstößigen an Deutschland vollständig lassen.

### Sieger Serrati

Rom, 13. Juni. Der Landtag der sozialistischen Partei hat die von der Kammergruppe und dem Gewerkschaftsbund angenommene Tagesordnung Serrati für Unterstützung einer geeigneten Regierung einstimmig verworfen und mit 13 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der die Haltung der Kammergruppe kritisiert und daran erinnert wird, daß sie das Volksgewissen der sozialistischen Partei zu beleidigen habe. Der Gewerkschaftsbund wird an die Haltung des Bündnisvertrages mit der Partei erinnert, um die vom Reichstag angebotenen unversöhnlichen Grundzüge einzuphalten. Die Zeitung „Lavoratore“ schreibt, daß die sozialistische Kammergruppe trotz diesem Standpunkt des Landtages die Mitarbeit auf eigene Verantwortung und mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes durchzuführen werde, der sich von der sozialistischen Partei löst.

Damit hat die Richtung Serrati einen „Stag“ errungen, der für die italienische Arbeiterklasse verhängnisvolle Folgen haben kann. Nicht allein das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die Einheit der Partei selbst erscheint nunmehr gefährdet, da die realpolitisch denkenden Elemente des Proletariats nicht gewonnen sind, sich weiter dem blinden Sektarismus eines selbstherrlichen Parteivorstandes anfügen, der die Kampfpläne an der höchsten sozialistischen Entwicklung der Dinge trägt.

gehenden Waffen in den Hotels herumlungerten. Die gottliche Ausnahme der beiden blutbefleckten Ehrhardtjünger in Budapest hat bewiesen, daß die deutschen Erzberger-Reaktionäre auf Ungarn und die Polizei Horsths nicht vergeblich vertrauen.

Wie düster es in den Köpfen der Mitglieder der Organisation C ausbleibt, erhellten verschiedene Bezeugungen. Es wurde geschimpft auf Erzberger, Regierungsmitglieder, die verurteilten Juden und ohne irgendwelches Verhindern für politische Zusammenhänge. So z. B. galt ein starker Haß den Freimaurern, die am Zusammenbruch Deutschlands schuldhaft sein sollten. Die Freimaurer sind eine politisch harmlos, im Laufe der Jahrzehnte stark vertriebene Organisation von Leuten, die über ihr Vereinsleben den Schleiern von Geheimstatuten zu breiten wußten. Für die Killingier, Schulz und Tillesen genügte der jüdische Einbildung des Freimaurerbundes, um hier die Quelle alles Übels zu entdecken. Auf dieser Linie bewegte sich das geistige Leben der Verschwörer. Eine Mischung von Mordlust, Verworfenheit und Soldlingsbarbarei.

Daß Killingier als „Vorgesetzter“ der Schulz und Tillesen in die Absichten der beiden eingeweiht war, erscheint uns festzustellen, wenn es auch in diesem Prozeß nicht als erwiesen angeben werden konnte. Aber nur ein Kind kann annehmen, daß er auch nach der Ermordung Erzbergers nicht wußte, wer die Täter waren. Beide hatten sich bei Killingier Urlaub erwirkt. Tillesen blieb darüber hinaus und Killingier, der sich nicht gerade als ein Mann von schlechtem Gedächtnis erwies, besinnlich sich vor Gericht nicht darauf, mit dem vorübergehend zurückgekehrten Schulz über den Verbleib Tillesens überhaupt gesprochen zu haben. Er hatte inzwischen die genaueren Berichte über die Ermordung Erzbergers und das auf seine beiden Kameraden passende Signalement der mutmaßlichen Mörder — und das Fortbleiben Tillesens fiel ihm immer noch nicht auf. Er wußte, daß Schulz und Tillesen versucht hatten, sich Poststempel mit solchem Namen zu verschaffen; über die Erzberger-Mörder wurde jeden Tag in den Zeitungen geschrieben — Killingier jedoch hatte keine Ahnung, wer sie sein könnten. Die biedereren Geschworenen von Offenburger haben das geglaubt. Die Frankfurter Zeitung schreibt in einem Stimmungsbericht:

Die Geschworenen, aus städtischer und ländlicher Bevölkerung gemischt, haben erst die Fersur von Staatsanwalt und Verteidiger zu verlassen. Beide machten von ihrem Absehungrecht in vollem Umfang Gebrauch. Über die Absehungsurteile kann sich der Fernersehende schwer ein Urteil bilden. Wenn äußerlich entsteht der Eindruck, daß die Absehungsurteile so fälschlich sind, je größer die Intelligenz die Beschuldigten annehmen. Aber das ist wohl nur ein Vorurteil der alten, freigelegten Journalisten.

In dieser Kritik der Zusammenlegung des Geschworenengerichts ist weiter nichts zu sagen. Nach allem, was man über die Vorbereitung zu dem Prozesse gehört hat, darf anerkannt werden, daß Polizei und Untersuchungsrichter eine